

KOMMENTARE



Stefan Vetter hält mehr innerparteiliche Demokratie bei der SPD für überfällig – jetzt muss das Spitzenduo gefunden werden

Basis ist Boss

Immerhin: Gut drei Wochen nach dem Überraschungsrückzug von Andrea Nahles aus allen politischen Ämtern weiß die SPD nun schon mal, wie sie zu einer neuen Führungsspitze kommen will. Nur, wer die Partei aus dem tiefen Tal der Tränen führen kann (und will), das steht in den Sternen. Damit verschafft sich die SPD allenfalls eine kleine Verschnaufpause.

Gleichwohl haben Präsidium und Vorstand am Montag ein neues Kapitel in der Geschichte der Sozialdemokraten aufgeschlagen. Und dabei drängen sich auch Parallelen zu den Grünen auf – im Guten wie im Schlechten. „Basis ist Boss“, hieß die Losung, unter der die Grünen bei der letzten Bundeslandtagswahl ihre beiden Spitzenkandidaten bestimmt hatten. Dieses Prinzip macht sich nun auch die SPD zu eigen, was der innerparteilichen Demokratie zweifellos guttun wird. Bislang war die Partei ein Meister darin, ihr Führungspersonal im stillen Kämmerlein auszuwählen. Zum wachsenden Ärger vieler Genossen. Ihre Einbindung bei wichtigen Personalentscheidungen ist überfällig. Allerdings sollte die kollektive Weisheit auch nicht überschätzt werden. Bislang durften die Mitglieder nur ein einziges Mal bestimmen, wer den Vorsitz übernimmt. Das war 1993, als

sich Rudolf Scharping gegen zwei Mitbewerber durchsetzte. Dem Aufbruch folgte allerdings schnell der Katzenjammer. Schon zwei Jahre später wurde Scharping von Oskar Lafontaine weggeputscht. Auch eine Urwahl ist also kein Garant für die Etablierung eines charismatischen und führungsstarken Vorsitzenden.

Ähnlich verhält es sich mit einer Doppelspitze, auf die die SPD nach dem Willen der Basis nun zusteuert. Ein Vorteil ist sicher, dass sich die Arbeit dadurch auf mehrere Schultern verteilt. Auch würde gewissermaßen Waffengleichheit herrschen, wenn man sich mit dem engsten Führungskreis der Union trifft. Die besteht bekanntlich aus CDU und CSU, also sitzen da auch immer zwei Vorsitzende am Tisch. In einer Doppelspitze sollte allerdings der feste Wille da sein, miteinander auszukommen, anstatt sich zu blockieren.

Mittlerweile ist der SPD-Vorsitz zum Himmelfahrtskommando geworden. Umso schwieriger dürfte es werden, ein zweiköpfiges Team zu finden, das Spaß und Lust am Führen hat, und von dem nichts weniger erwartet wird, als die Partei neu zu erfinden. Vielleicht ist es die letzte Chance der SPD, um nicht endgültig in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Anfang vom Ende

Miray Caliskan über den Sieg der Opposition in Istanbul: Er ist ein Hoffnungszeichen und der Beweis, dass Staatspräsident Erdogan schlagbar ist

Diesmal ist das Ergebnis so eindeutig, dass es niemand mehr ignorieren kann: Ekrem Imamoglu, CHP-Politiker und Hoffnungsträger vieler türkischer Bürger, ist auch in einer zweiten Abstimmung zum Oberbürgermeister von Istanbul gewählt worden. Hatte Imamoglu am 31. März am Ende nur rund 13 000 Stimmen Vorsprung, so haben sich am Sonntag etwa 800 000 Menschen mehr für ihn als für den AKP-Gegenkandidaten Binali Yildirim entschieden.

Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan muss damit die wohl empfindlichste Niederlage seiner Karriere hinnehmen. Denn auch er weiß: „Wer Istanbul gewinnt, gewinnt die Türkei.“ Die Bevölkerung hat sich vor allem seit dem Putschversuch vor drei Jahren in ihrem Gerechtigkeitsempfinden verletzt gefühlt: Durch einen Mann, der von einem Tag auf den anderen die Gewaltenteilung im

Land untergräbt, seine Gegner mit Drohungen einschüchtern, Millionen Menschen als Terroristen abstempelt, die Medien gleichschaltet, Zehntausende in Gefängnisse steckt, ohne Urteil.

Mit Imamoglu gibt es nun einen Neuanfang in Istanbul, wo es „Gerechtigkeit, Gleichheit, Liebe und Toleranz geben“ wird, so der Oppositionspolitiker. Erdogan wird jedoch ausholen – wie, können sich die erfahrensten Experten nicht ausmalen. Im Istanbul Stadtrat hat die Regierungspartei AKP weiter die Mehrheit, daran hat sich (noch) nichts geändert.

Fest steht, dass Imamoglu sich gegen alle Taktiken und Lügenbezeichnungen, gegen all die verbale Gewalt, mit der der Regierungschef austeuern wird, stemmen muss. Und in dieser schwierigen Zeit werden ihm 4 741 870 Menschen zur Seite stehen. Wähler, die am 23. Juni 2019 den Anfang vom Ende der Erdogan-Ära eingeleitet haben.

Konzept fehlt

Hagen Strauß findet, dass das Nein der CDU zu einer Zusammenarbeit mit der AfD richtig ist. Jetzt muss eine Strategie zur Rückgewinnung der Wähler her

Eine Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch abzulehnen, ist das eine. Auf der anderen Seite braucht die CDU dringend eine Strategie, wie sich die Wähler der Rechtspopulisten vor allem im Osten zurückgewinnen lassen. Und zwar mittelfristig, denn mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen im Herbst scheinen die Würfel bereits gefallen zu sein – zugunsten der AfD.

Ein solches Konzept, um Volkspartei zu bleiben, ist bisher nicht erkennbar. Auch nicht bei Friedrich Merz, der vergangenes Jahr im Wahlkampf um den CDU-Vorsitz noch vollmundig verkündete, der Zuspruch zur AfD lasse sich „halbieren“. Das hat vielen in der Union Hoffnung gemacht. Doch wie das konkret gelingen soll, hat Merz bis heute nicht klargemacht.

Das Liefern überlässt er nun Annetta Kramp-Karrenbauer. Sie muss die Absage an die Rechtspopulisten unterfüttern und dabei aufpassen, dass die Union nicht zerrieben wird zwischen den Rechten einerseits und den Grünen andererseits. Ein schwieriger Spagat.

Zumindest einen Erfolg kann Kramp-Karrenbauer verbuchen: Ihr Nein zu einer Kooperation mit der AfD ist von den Parteispitzen einhellig unterstützt worden. In dieser Frage zeigt die Unionsführung endlich mal wieder Geschlossenheit – und AKK ihren Führungswillen. Was nicht hilft, ist, den Rechten nachzulaufen, sich anzubiedern, ihre Parolen zu übernehmen oder sogar noch eins draufzusetzen. So, wie es die CSU lange Zeit gemacht hat mit der Konsequenz, dass sie selbst schwächer und die AfD stärker wurde.

SPD I: Doppelspitze soll Partei aus der Krise führen / Mitglieder können bis Ende Oktober abstimmen

Ein Fall für zwei

Von unserem Korrespondenten
Stefan Vetter

BERLIN. Die SPD steuert auf eine Doppelspitze zu, die von den Mitgliedern bestimmt werden soll. Darauf verständigten sich am Montag die Führungsgremien der Partei nach mehr als siebenstündigen Beratungen in Berlin. Bislang hat allerdings noch niemand eine Kandidatur offiziell angemeldet. Noch wird die SPD von gleich drei Leuten geführt. Allerdings nur kommissarisch.

Nach dem Rückzug von Andrea Nahles, die damit die Konsequenzen aus dem Debakel bei der Europawahl und ihrer zunehmenden Unbeliebtheit auch in den eigenen Reihen zog, hatten sich vor drei Wochen ihre Stellvertreter Manuela Schwesig, Malu Dreyer und Thorsten Schäfer-Gümbel bereit erklärt, den Übergangsprozess zu gestalten. Am Montag standen die drei erneut vor den Kameras und Mikrofonen im Willy-Brandt-Haus, um zu verkünden, was schon im Vorfeld der offiziellen Entscheidung erwartet worden war. Demnach soll möglichst ein Führungsduo die Partei aus der Krise führen, das von der Parteibasis bestimmt wird.

Der Anstoß dazu kam offenbar durch eine Online-Befragung des Willy-Brandt-Hauses, bei der die Mitglieder Vorschläge unterbreiten konnten, wie sie sich die Struktur der künftigen Parteiführung und das Verfahren für die Neuwahl vorstellen. Dreyer erklärte, der Beschluss werde „neuen Schwung“ in die SPD bringen. Auch Vorstandsmitglied Anke Rehlinger, die sich anfänglich für einen vorgezogenen Parteitag starkgemacht hatte, zeigte sich zufrieden. „Wir haben ein gutes und ein faires Verfahren festgelegt. Fair für die Bewerber, aber auch fair für die Mitglieder, weil es ihre breite Beteiligung ermöglicht“, sagte Rehlinger dieser Zeitung.

Das Prozedere sieht nun konkret so aus, dass sich Bewerber als Einzelpersonen oder als Team vom kommenden Montag an bis zum 1. Sep-



Höllensjob

ZEICHNUNG: JÜRGEN TOMICEK

tember melden können, um sich anschließend auf etwa 20 bis 30 Regionalkonferenzen vorzustellen. Voraussetzung für eine Kandidatur ist die Unterstützung bestimmter Parteigliederungen. Danach sollen die rund 438 000 Mitglieder per Brief oder online über die Kandidaten abstimmen. Das Ergebnis soll am 26. Oktober feststehen. Falls niemand über 50 Prozent der Stimmen kommt, wird eine Stichwahl durchgeführt.

Für die Einführung einer Doppelspitze ist eine Änderung der Satzung notwendig, die ein Bundesparteitag beschließen muss. Und auch die von der Basis bestimmten Favoriten müssen laut Parteigesetz noch per Parteitagbeschluss bestätigt werden. Wegen der zeitlichen Unwägbarkeiten durch eine mögliche Stichwahl wurde darauf verzichtet, das nächste turnusmäßige Delegier-

entreffen Anfang Dezember in Berlin schon eher stattfinden zu lassen. Einem entsprechenden Vorstoß erteilte der Vorstand mit knapper Mehrheit eine Absage.

Ostbeauftragter ermuntert Genossen aus den hinteren Reihen, sich um den Vorsitz zu bewerben

Offiziell hat bis Montagabend freilich noch kein Bewerber seinen Hut in den Ring geworfen. Zuletzt hatten sich die amtierende Bundesfamilienministerin Franziska Giffey sowie der Fraktionschef im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Thomas Kutschat, für den Vorsitz ins Gespräch gebracht. Giffey ist allerdings mit Plagiatsvorwürfen bei ihrer Doktorarbeit konfrontiert. Und Kutschat

ist einem breiteren Publikum unbekannt. Der Ostbeauftragte der SPD, Martin Dulig, ermunterte allerdings Genossen aus den hinteren Reihen, sich um den Vorsitz zu bewerben. Er denke da vor allem an erfolgreiche SPD-Oberbürgermeister, so Dulig.

Als mögliche Aspiranten werden auch Außenminister Heiko Maas, die scheidende Justizministerin Katarina Barley – sie geht nach Brüssel – sowie Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil genannt. Schäfer-Gümbel warb gestern eindringlich dafür, dass mögliche Kandidaten bereits als Doppelspitze ins Rennen gehen sollten, um ein persönliches „Zusammenwürfeln“ zu vermeiden. Nahezu wortgleich hatte sich schon am Morgen Parteigeneralsekretär Lars Klingbeil geäußert – er zählt ebenfalls zu den möglichen Bewerbern.

SPD II: Was Politiker aus der Region zur Urwahl sagen – und was sie von möglichen Kandidaten erwarten

Wunsch nach mehr Sozialdemokratie

Zusammengestellt
von **Lea Seethaler**

Stefan Fulst-Blei
Vorsitzender der
SPD Mannheim und
Landtags-
abgeordneter



Ist die Urwahl das geeignete Mittel, um über den Parteivorsitz zu entscheiden?

Ja, allerdings ist eine Urwahl oder korrekter Mitgliederbefragung auch kein Allheilmittel.

Was läuft mit einer Doppelspitze anders als bisher?

Eine Doppelspitze ist dann eine Bereicherung, wenn sie die Erfahrungen der unterschiedlichen Politikerebenen abbildet, indem sie zum Beispiel einen erfolgreichen Kommunalpolitiker mit einem Politiker aus der Bundes- oder Landesebene zusammenbringt. Die neue Spitze muss Inhalte kompetent und glaubwürdig abbilden und Menschen für die Sozialdemokratie begeistern.

Wenn Sie sich eine Doppelspitze wünschen könnten, wer wäre das? Was müssten diese Personen mitbringen?

Namen fallen uns einige ein, aber es wäre verkehrt, sie vom jetzigen Zeitpunkt einzustreuen. Mitbringen müsste diese Person ein Gespür für die Anliegen der Menschen, Kompetenz, Authentizität und Begeisterungsfähigkeit für Lust auf mehr Sozialdemokratie. Dazu gehören dann sicher auch Optimismus und ein gewisses Maß an Gelassenheit.

Mathias Kohler
Vorsitzender des
SPD-Ortsvereins
Neckarau-Almenhof-
Niederfeld



Ja, wenn es hilft. Eine Urwahl ist aus meiner Sicht kein Selbstzweck. Wenn durch die Urwahl ein Parteivorsitz gewählt wird, der längere Jahre die SPD gut führt und insbesondere zu inhaltlichen Profilschärfung der SPD beiträgt, dann macht eine Urwahl Sinn.

Durch eine Doppelspitze, die nur als Tandem kandidieren sollte, kann deutlich gemacht werden, dass die SPD breit aufgestellt ist, zum Beispiel Ost/West, Mann/Frau, jünger und älter. Für die Sozialdemokratische Partei ist eine Doppelspitze mit dem Reiz des Neuen versehen.

Ich habe keinen Wunschkandidaten und warte ab, wer den Finger hebt. Mein Anforderungsprofil wäre unter anderem Ausstrahlungskraft und Charisma, Integrationsfähigkeit, Ansprache junger Menschen, klare Sprache, Besinnung auf die sozialdemokratischen Kernziele und Zukunftsgewand. Der Kampf um die Erhaltung unseres Planeten muss eines der Hauptthemen sein.

Marius Schmidt
Vorsitzender des
SPD-Unterbezirks
Bergstraße und
Mitglied des Bezirks-
vorstands Hessen-Süd



Eine breite Beteiligung der Mitglieder ist wichtig. Vor allem, wenn nicht nur über Personen, sondern auch über inhaltliche Ausrichtungen diskutiert werden kann. Mit der Mitgliederbefragung ist sichergestellt, dass sich die neue Spitze auf ein breites Votum der Mitglieder stützen kann und ausreichend legitimiert ist. Gut tut, dass die Partei diskutieren und offene Fragen klären wird.

Die Doppelspitze ermöglicht eine bessere Arbeitsteilung, sie macht das Amt auch für Personen außerhalb des Bundestages oder außerhalb von Landesregierungen attraktiv. Sie ermöglicht es auch, die inhaltliche und regionale Vielfalt unserer Partei abzudecken. Sie ist eine Chance für uns, wenn an einem Strang gezogen wird.

Die Personen müssen vor allem inhaltliche Klarheit zeigen und programmatische Unschärfen bündeln. Ein Beispiel ist die Frage der Verteilungsgerechtigkeit oder die Klimaschutzfrage. Die Personen müssen den Spagat zwischen Regierungsarbeit und inhaltlicher Neuaufstellung schaffen und selbstbewusst in der Regierung auftreten, zum Beispiel bei der Grundrente.